

S t a d t H a a n

Niederschrift über die

11. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Haan

am Dienstag, dem 23.05.2023 um 17:00 Uhr

in der Aula des Schulzentrum Walder Straße

Beginn:
17:00 Uhr

Ende:
19:05 Uhr

Vorsitz

Stv. Jochen Sack

CDU-Fraktion

AM Sven Groters

AM Henrik Radtke

SPD-Fraktion

Stv. Martin Haesen

Stv. Marion Klaus

WLH-Fraktion

AM Ernst Adam

Stv. Tessa Lukat

FDP-Fraktion

AM Thomas Kirchhoff

Schriftführung

VA Sigrid Nippe

stimmberechtigte Mitglieder

AM Beate Baroke

AM Hanno Krüger

AM Britta Longerich

AM Sina Lorenz

AM Doris Weidner

beratende Mitglieder

Frau Bernhild Kurosinski

anwesend ab 17.35 Uhr

AM Sabine Mallon-Leonczuk

AM Joana Stollenwerk

AM Prof.Dr. Artur-Aron Weber

Vertreter des Seniorenbeirates

Frau Barbara Schwarze

anwesend ab 17.35 Uhr

Vertreter des Jugendparlamentes

Herr Henrik Giebels
Frau Emilia Zambon

anwesend ab 17.35 Uhr
anwesend ab 17.35 Uhr

1. Beigeordnete

1. Beigeordnete Annette Herz

Verwaltung

VA Peter Burek
VA Stephanie Dellit
VA Susanne Kossmann
VA Dietmar Pantel
VA Sarah Wendel

Gleichstellungsbeauftragte

VA Nicole Krengel

Gäste

Frau Dörte Czepa-Mynarek

zu TOP 1

Der Vorsitzende Jochen Sack eröffnet um 17:00 Uhr die 11. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Öffentliche Sitzung

7./ Kinder- und Jugendfragestunde sowie Kinder- und Jugendparlament

Protokoll:

VA Sarah Wendel berichtet über die vergangenen Aktivitäten des Kinderparlaments. Die Vorbereitungen für das Bobbycar-Rennen im Rahmen der Haaner Nachhaltigkeitswoche laufen und Interessierte können sich bis zum 16.06.2023 zur Teilnahme anmelden. Zurzeit erstellen die Parlamentarier eine Zeitung mit den Aktionen der vergangenen Zeit in Vorbereitung auf die nächste Wahl.

Emilia Zambon berichtet für das Jugendparlament, dass man mit Herrn Gabe zur Planung des Außengeländes des Schulzentrum Walder Straße im Kontakt ist. Darüber hinaus war das JuPa auf dem letzten Bürgerfest mit einem Stand vertreten, man trifft sich mit Herrn Gabe, dem Seniorenbeirat und der Behindertenbeauftragten zur Gestaltung der Innenstadt und mit der AWO-Jugend ist man ebenfalls im Gespräch.

8./ Bericht der Unterausschüsse "Spielflächen/Jugendorte" und "Kinderschutz"

Protokoll:

Das Protokoll des UA Kinderschutz vom 31.01.23 liegt vor und wurde mit der Einladung versandt. Der **Stv. Martin Haesen** ergänzt, dass der nächste Unterausschuss am 27.04.23 abgesagt wurde, da man die Tagesordnung des JHA abwarten wollte.

9./ Vorstellung Frau Susanne Kossmann - Abteilungsleitung Verwaltung Jugendamt

Protokoll:

Frau Kossmann stellt sich persönlich dem Ausschuss vor.

10./ Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin für den Jugendhilfeausschuss
Vorlage: II/042/2023

Beschluss:

Als neue stellvertretende Schriftführerin für die Sitzungen des Jugendhilfeausschusses der Stadt Haan wird Frau Susanne Kossmann bestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

11./ Neubesetzung eines stimmberechtigten Ausschusssitzes im Jugendhilfeausschuss
Vorlage: II/045/2023

Protokoll:

Die **1. Bgo. Annette Herz** verweist auf die Vorlage, aus der ersichtlich ist, warum Frau Stephany nicht mehr im JHA tätig sein kann. Sie begrüßt das Engagement von Frau Kurosinski, über deren stimmberechtigten Sitz dann im nächsten Rat befunden wird.

Beschluss:

Das vom Rat am 25.10.2022 berufene, stimmberechtigte Mitglied für die Katholische Kirche im Jugendhilfeausschuss, Frau Alexa Stephany wird mit sofortiger Wirkung abberufen.

Der entsprechende stimmberechtigte Ausschusssitz wird auf Vorschlag der Katholischen Kirche mit Frau Bernhild Kurosinski neu besetzt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

12./ Verbundfamilienzentrum der Caritas
hier: Erneute Beschlussfassung gem. § 7 AG KJHG NRW
Vorlage: 51/044/2022/1

Beschluss:

Dem Antrag der Caritas auf Zertifizierung eines Verbundfamilienzentrums wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

13./ Tätigkeitsbericht Jugendamt**Vorlage: 51/069/2023**

Protokoll:

Die **1. Bgo. Annette Herz** informiert, dass man mit diesem Tätigkeitsbericht des Jugendamtes neue Wege gehen und nun einmal im Jahr den Jugendhilfeausschuss in dieser Form informieren möchte. Sie freut sich über die engagierten, komplexen und mit vielen Zahlen untermauerten Zulieferungen aus allen Bereichen des Jugendamtes, welche das breite Aufgabenspektrum verdeutlichen.

Die Wortmeldungen der Ausschussmitglieder unterstreichen den Eindruck von Frau Herz und man bedankt sich bei den Mitarbeitenden des Jugendamtes.

AM Hanno Krüger regt an, beim Organigramm in der linken Spalte bei dem Punkt Jugendförderung auch die Jugendverbände mit aufzunehmen. Darüber hinaus möchte er auch den Jugendhilfeausschuss als Teil des Jugendamtes in das Organigramm aufgenommen wissen.

Die **1. Bgo. Annette Herz** erwidert, dass das Organigramm nur den internen Verwaltungsteil abbildet; nicht alle externen Bereiche können mit aufgenommen werden.

Der **Vorsitzende Jochen Sack** schließt sich Herrn Krüger an, dass die Träger mit aufgenommen werden sollten.

AM Sven Groters ist bei der Lektüre des Bereiches „Frühe Hilfen“ aufgefallen, dass seine Frau und er sowie Bekannte der Familie keine Ansprache durch das Jugendamt erhalten haben, als die Kinder geboren wurden. Er fragt, ob es Ausschlusskriterien gibt.

Amtsleiterin Stephanie Dellit möchte gerne prüfen, warum keine Kontaktaufnahme erfolgt ist. Sie informiert, dass man momentan mit den Familienhebammen im Gespräch ist, ob man den Kontakt zu den Eltern bereits nach der Entbindung im Krankenhaus aufnehmen kann, um einen niederschwelligeren Kontakt zu den Eltern aufzunehmen.

Abteilungsleiter Dietmar Pantel ergänzt, dass die Kolleginnen der „Frühen Hilfen“ Zugriff auf das Melderegister haben und jeden Monat einen Abgleich von zwei Monate alten Kindern starten. Normalerweise werden alle gefundenen Adressen angeschrieben. Vor zwei Jahren war jedoch eine Kollegin in Elternzeit, so dass es zu einer „Bugwelle“ kam, die nicht mehr zu bearbeiten war.

AM Ernst Adam möchte zu dem Bereich Kindeswohlgefährdung wissen, was aus den restlichen Meldungen – von 36 eingegangenen Meldungen haben 7 Meldungen Hilfen nach sich gezogen - geworden ist. **Abteilungsleiter Dietmar Pantel** erklärt,

dass das Jugendamt verpflichtet ist, jeder Meldung nachzugehen. Hierfür gibt es eine strikte Prozessbeschreibung, so dass kein Fall unbearbeitet bleibt. Auch wenn schon zu Beginn der Bearbeitung gesehen wird, dass keine Kindeswohlgefährdung vorliegt, muss die Meldung erfasst werden. Oftmals können die Fälle durch Beratungen des Jugendamtes abgewendet werden, z.B. bei Trennungs- und Scheidungskonflikten. Meldung heißt nicht zwangsläufig Kindeswohlgefährdung.

AM Hanno Krüger verweist in diesem Zusammenhang nochmal auf die Aufnahme der Jugendverbände in das Organigramm. **Amtsleiterin Stephanie Dellit** nimmt die Bitte für den nächsten Bericht mit und wird diese in ihre Überlegungen einbeziehen.

Beschluss:

Der Tätigkeitsbericht des Jugendamtes wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zur Kenntnis genommen

14./ Antrag des Jugendparlamentes vom 24.04.2023 "Änderung von § 9 der Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" - erstmalige Beratung

Protokoll:

Hendrik Giebels stellt den Antrag des JuPa vor, der selbsterklärend ist. Das JuPa möchte die Öffnungszeiten der Kinderspiel- und Bolzplätze anhand einer Beschilderung in den Abendstunden erweitern.

Die **1. Bgo. Annette Herz** begrüßt den Antrag persönlich sehr und gibt die Einschätzung des Ordnungsamtes wieder, dass Skateanlagen nicht zu den Bolzplätzen zählen und die Öffnungszeiten somit nicht verlängert werden müssen.

Frau Herz berichtet aus dem BSA, dass der Prozess der erstmaligen Beratung durchlaufen werden soll, so dass im nächsten Sitzungszyklus eine Vorlage unter Einbeziehung des Jugendamtes, des Betriebshofes, der Schulverwaltung und des Ordnungsamtes erstellt werden kann.

Hendrik Giebels zeigt sich einverstanden mit dem Vorgehen und der Vorsitzende Jochen Sack bestätigt, dass das Prozedere nun so auf den Weg gebracht wird.

15./ Anpassung der Kita-Bedarfsplanung Vorlage: 51/063/2023

Protokoll:

Die **Amtsleiterin Stephanie Dellit** erläutert die Vorlage mit dem Beschluss, den minimalen Abweichungen der Kita-Bedarfsplanung zuzustimmen und für die Zukunft zu beschließen, dass die Verwaltung minimale Abweichungen dem LVR eigenständig

melden darf.

Auf die Rückfrage von **AM Ernst Adam**, wie sich minimale Abweichungen definieren, erklärt Frau Dellit, dass es sich hierbei lediglich um Abweichungen bei den Stundenkontingenten handelt.

Beschluss:

Zum Beschluss des JHA vom 09.02.23:

„Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt HFA und Rat, der vorgelegten Änderung zu den gemeldeten Plätzen zur Kindertagesstättenbedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2023/2024 (1. August 2023 bis 31. Juli 2024) als Ergebnis der Jugendhilfeplanung nach § 80 SGB VIII zuzustimmen.“

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Detailaufschlüsselung (s. Anlage) der zu meldenden Kinderbetreuungsplätze inkl. der Minimalabweichungen zur Kenntnis und beschließt, dass die Verwaltung künftige Minimalabweichungen in der Kitabedarfsplanung eigenständig vornehmen und gegenüber dem LVR melden darf.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

16./ Änderung zum Kriterienkatalog zur Aufnahme gemeindefremder Kinder in Haaner Kindertageseinrichtungen des Rates vom 28.06.2016 Vorlage: 51/061/2023

Protokoll:

Die **1. Bgo. Annette Herz** verweist nochmals auf den eklatanten Fachkräftemangel, der viele existenzsichernde Bereiche in der Verwaltung trifft, z.B. die Unterhaltsvorschuss-Bewilligung, das Gebäudemanagement bei Neubauten, die Feuerwehr etc. Die Stadtverwaltung versucht, ihr Profil nachzuschärfen und Alleinstellungsmerkmale zu definieren, um Personal zu gewinnen. Frau Herz wirbt dafür, den Kriterienkatalog für Haaner Kindertageseinrichtungen dahingehend zu erweitern, freie Plätze an die Kinder von Bewerber_innen zu vergeben, wenn alle weiteren Plätze mit Haaner Kindern belegt sind.

Man ist sich im Ausschuss einig, dass dies ein guter Weg sein kann, Fachpersonal zu gewinnen und möchte diese Zusicherung auch auf die Einrichtungen anderer Träger sowie auf das pädagogische Personal der OGS ausweiten. Der Beschlussvorschlag wird entsprechend erweitert.

Beschluss:

Der JHA empfiehlt HFA und Rat, den Ratsbeschluss vom 28.06.2016 wie folgt nachzuschärfen:

„In Haaner Kindertageseinrichtungen werden vorrangig Kinder mit Wohnsitz Haan aufgenommen.

Gemeindefremde Kinder, die die Kriterien

- Umzug nach Haan
- **Mitarbeiter/innenkind von allen Trägern und Einrichtungen in Haan**
- **Beschäftigte der Stadtverwaltung Haan**
- **Kinder von OGS Mitarbeiter_innen**
- Wohnsitz innerhalb der Grenze einer Haaner Kirchengemeinde
- Berücksichtigung des sog. „Waldorf-Kontingents“

erfüllen, können ebenfalls aufgenommen werden. Aufnahmen, die nicht unter diese Kriterien fallen, sind als Einzelfallentscheidung mit dem Jugendamt abzustimmen.“

Der Beschluss wurde mit der o.g. Änderung (in fett gedruckt) zur Abstimmung gebracht.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**17./ Neufassung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, Tagespflege, Offene Ganztagschule im Primarbereich in der Stadt Haan
Vorlage: 51/059/2023**

Protokoll:

Die **1. Bgo. Annette Herz** erinnert an die ähnliche Vorlage inklusive der Elternbeitragerhöhung aus den Haushaltsplanberatungen, die jedoch abgelehnt wurde. Darüber hinaus ist jedoch der Satzungstext anzupassen, u.a. auch im Hinblick auf Patchworkfamilien und für die verlässliche Grundschule. Der BSA hat diesen Änderungen bereits zugestimmt.

Auf die Frage von **AM Sabine Mallon-Leonczuk**, ob nicht-verwandtschaftliche Kinder anerkannt werden und ob die Unterhaltspflicht berücksichtigt oder doppelt anerkannt wird, erläutert **Amtsleiterin Stephanie Dellit**, dass eine Kollegin des Jugendamtes bei einer Fortbildung war, bei der es auch um die Patchworkfamilien ging. In dem von Frau Mallon-Leonczuk geschilderten Einzelfall würde es bei dem unterhaltspflichtigen Partner zu einer Einzelfallprüfung kommen. Wie es sich bei den Geschwisterkindern verhält, muss sie noch klären und die Antwort nachreichen.

Auf den Vorschlag, den Beschluss zurückzustellen, um die Punkte zu klären, erwidert Frau Herz, dass diese Satzung rechtlich abgesichert und gerichtsfest in der Formulierung ist. Selbstverständlich wird die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit geprüft und berücksichtigt, wenn ein Elternteil unterhaltspflichtig ist. Die Einzelfallprüfung ist Tagesgeschäft der Kolleg_innen im Jugendamt.

Der **Vorsitzende Jochen Sack** stellt den Antrag zur Abstimmung, den TOP zu schieben.

Abstimmungsergebnis:

8 ja-Stimmen / 4 nein-Stimmen / 1 Enthaltung

18./ Änderung der Satzung für die Kindertagespflege
Vorlage: 51/067/2023

Protokoll:

Amtsleiterin Stephanie Dellit stellt dar, dass durch die beigefügte Synopse die umfangreichen Änderungen der Satzung ersichtlich sind. Zu diesen in einigen Bereichen gravierenden Änderungen hat sich die Verwaltung auch mit den Kindertagespflegepersonen ausgetauscht.

AM Ernst Adam verweist auf die Forderung eines Kinderschutzkonzeptes auf Seite 8 der Satzung und fragt nach, ob die Kindertagespflegepersonen diese selbst erstellen oder ob sie Unterstützung durch das Jugendamt erhalten.

Amtsleiterin Stephanie Dellit bestätigt, dass diese vorgeschriebenen Konzepte ein großes Anliegen des Jugendamtes sind und man selbstverständlich bei der Erstellung unterstützt.

AM Joanna Stollenwerk bestätigt für die Kindertagespflege, dass die Satzung in mehreren Terminen mit der Verwaltung diskutiert wurde und alle mit der vorliegenden Lösung zufrieden sind.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan beschließt die Änderungen der Satzung für die Kindertagespflege, welche als Anlage 1 in Form einer Synopse beigefügt ist.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

19./ Zusammenschluss der Adoptionsvermittlungen beim Kreis Mettmann
Vorlage: 51/062/2023

Protokoll:

Amtsleiterin Stephanie Dellit erklärt, dass im Rahmen verschiedenster Änderungen im Gesetz die Adoptionsvermittlungen in den Jugendämtern nicht mehr wie bisher vorgesehen sind. Aufgrund der Einwohnerzahl müssten in Haan zwei Stellen besetzt werden. Aus diesem Grund haben sich die Jugendamtsleiter des Kreises Mettmann ausgetauscht und acht von zehn Städte haben sich entschieden, eine gemeinsame Adoptionsvermittlung zu finanzieren. Für den nun folgenden Abstimmungsprozess bittet Frau Dellit um das Votum des JHA.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan befürwortet grundsätzlich eine Beteiligung der Stadt Haan am Zusammenschluss zur Adoptionsvermittlung auf Kreisebene und stimmt grundsätzlich der Umlage der Aufwendungen basierend auf der Einwohnerzahl der beteiligten Kommunen zu. Die Verwaltung wird beauftragt, die Verhandlungen hierzu mit den Kooperationspartnern fortzusetzen und die erforderlichen Aufwendungen im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2024 ff. zu kalkulieren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

20./ Update Fachkräftesicherung im pädagogischen Bereich**Vorlage: II/041/2023**

Protokoll:

Die **1. Bgo. Annette Herz** informiert, dass sie zukünftig den JHA und BSA zum Thema Fachkräftesicherung auf dem Laufenden halten will. Einige Stellschrauben konnten bereits umgesetzt werden. Die in der Anlage 1 zur Vorlage aufgezeigten roten Bereiche (offen) resultieren hauptsächlich aus den fehlenden Ressourcen.

Für den Bereich Kita existieren lt. Kibiz schon ganz gute Regelungen, leider noch nicht für die Mitarbeitenden in der OGS.

In der letzten AG 78 wurde spontan beschlossen, eine Imagekampagne für alle Kindertageseinrichtungen und Offenen Ganztagschulen zu starten. Die Verwaltung hat den Vorschlag an alle Einrichtungen geschickt mit der Bitte um Unterstützung. Haan soll mit Plakaten bestückt werden, um Mitarbeitende zu gewinnen. Frau Herz hofft, dass sich viele Träger beteiligen. Die Verwaltung möchte im Rahmen der Daseinsvorsorge in allen Haaner Einrichtungen eine verlässliche Betreuungsqualität sichergestellt wissen. Die Abwerbung von Personal untereinander sollte vermieden werden.

Beschluss:

JHA und BSA nehmen die Ausführungen der Verwaltung zur Fachkräftesicherung im pädagogischen Bereich zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

21./ Verwendung der Corona-Gelder**Vorlage: 51/068/2023**

Protokoll:

Abteilungsleiter Dietmar Pantel geht auf den Inhalt der Vorlage ein. Er macht deutlich, dass es sich bei dem Programm um ein Erfolgsmodell handelt, auch wenn Gel-

der zurückgezahlt werden mussten.

Beschluss:

Der JHA nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

**22./ Stiftung Städtepartnerschaft Haan/Eu - Bestellung treuhänderische Verwaltung
Vorlage: II/038/2023**

Protokoll:

Die **1. Bgo. Annette Herz** macht deutlich, dass sie diese Aufgabe an Frau Dellit mit einem absolut guten Gefühl übertragen kann.

Beschluss:

Mit der treuhänderischen Verwaltung des Stiftungsvermögens der unselbständigen Stiftung Städtepartnerschaft Haan/Eu wird gem. § 4 Satz 2 der Satzung neben der Bürgermeisterin / dem Bürgermeister und der Beigeordneten Annette Herz die Leiterin des Jugendamtes, Frau Stephanie Dellit bestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**23./ Wahl der Jugendhauptschöffen und Jugendhilfsschöffen für die Jugendschöffengerichte des Landgerichtsbezirks Wuppertal für die Amtszeit vom 01.01.2024 bis zum 31.12.2028
Vorlage: 51/064/2023**

Protokoll:

Die **Stv. Marion Klaus** zeigt ihre Befangenheit zu diesem TOP an und begibt sich in den hinteren Teil des Sitzungssaales.

Die **Amtsleiterin Stephanie Dellit** erklärt, dass die Stadt Haan über Presse und Homepage für die Jugendschöffenwahl geworben hat und bittet um Beschluss der vorgelegten Liste, um diese dann an das Gericht weiterleiten zu können.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Haan beschließt die von der Verwaltung vorgelegte Vorschlagsliste für die Wahl der Jugendhauptschöffen und Jugendhilfsschöffen für die Jugendschöffengerichte und Jugendkammern des Landgerichtsbezirks Wup-

pertal für die Amtszeit vom 01.01.2024 bis zum 31.12.2028 entsprechend Anlage 1.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

24./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Die **1. Bgo. Annette Herz** teilt mit, dass die Antwort auf die Anfrage der CDU-Fraktion zur Situation der OGS Gruiten vorliegt und im RIS hochgeladen wurde.

Zu der Anfrage der GAL zum Kleinspielfeld am Gymnasium führt Frau Herz aus, dass die Schließprozesse noch einmal nachgeschärft wurden und die Anlage noch in diesem Schuljahr um 17.00 h geöffnet wird; die Hausmeister sind informiert. Ein Dienstleister trägt dafür Sorge, dass die Anlage mit Einbruch der Dunkelheit wieder verschlossen wird. Auch für die Wochenenden und die Schulferien sind Regelungen getroffen worden.

Die Antwort zur Anfrage der GAL bezüglich der Bildungsförderung ist wesentlich komplexer und Frau Herz sagt die Beantwortung zu Protokoll zu. (Antwort der Verwaltung s. Anlage zum Protokoll.)

Zur CDU-Anfrage zum Bolzplatz Zwirnerweg gab es am heutigen Sitzungstag nachstehende Rückmeldung des Betriebshofes:

„Der Zustand ist bekannt. Amt 70 erstellt zurzeit eine Prioritätenliste zur Sanierung aller Bolzplätze im Stadtgebiet. Da die öffentliche Ausschreibung für das Retopping der vier Plätze mit Kunststoffbelag mangels Bietern und nur einem Angebot mit Preisen, die 300 % über dem kalkulierten Wert lagen, aufgehoben wurde, stehen eingeplante Gelder für die Bolzplätze zur Verfügung. Mit Teilbeträgen dieser Mittel kann Amt 70 die dringendsten Mängel auf der Anlage Zwirnerweg abstellen.“

AM Sven Groters berichtet über ein heute stattgefundenes Gespräch zwischen Eltern und Verwaltung zur OGS Gruiten und bedankt sich für die Bereitstellung eines Raumes zur Betreuung. Weiter führt er aus, dass man in der Vergangenheit immer davon ausgehen konnte, einen Platz in der OGS Gruiten zu erhalten. Nun hat man drei Monate vor Schulbeginn keine Planungssicherheit mehr und er bittet eindringlich, sich weiterhin einzusetzen, dass die Kinder betreut werden können.

Die **1. Bgo. Annette Herz** verweist ebenfalls auf das stattgefundenes sehr positive Gespräch mit zwei Müttern aus Gruiten und versichert, dass man selbstverständlich an dem Thema dranbleibt, so wie die letzten Monate auch. Die Verwaltung hat rechtzeitig die neuen Bedarfe zur OGS berechnet und dem Rat mit dem Stellenplan vorgelegt. Die Stellenausschreibungen waren erst mit der Genehmigung des Haushaltes möglich; leider blieben die Ausschreibungen ohne Erfolg und zusätzlich musste man die Kündigung einer Kollegin verkraften.

Die angesprochene Nutzung des Raumes muss noch mit der OGS rückgekoppelt werden. Frau Herz zeigt sich begeistert über die Kreativität der beiden Damen und versichert nochmals, dass die Verwaltung an dem Thema arbeitet, obwohl es noch keinen OGS-Rechtsanspruch gibt. Sie verweist darüber hinaus auf die sehr gute Betreuungquote in Haan.

25./ Mitteilungen

Protokoll:

Die **Amtsleiterin Stephanie Dellit** sagt zu, die Zahlen des Kita-Monitorings nach der Umverteilung der Plätze zu Protokoll zu geben.

Antwort zu Protokoll:

Gemäß Kita VM sind 31 Kinder unversorgt im Bereich Kita. Davon gehen 4 Kinder bereits in die Tagespflege.

Gemäß Kibiz Web haben wir in Gruppenform I 50 errechnete freie Plätze, in Gruppenform II 27 und in Gruppenform III 44.

Da wir nicht von allen Trägern eine Rückmeldung erhalten haben, fallen die Zahlen noch etwas geringer aus.

Dies liegt an der Anzahl von Kindern mit Behinderungen, die die Platzzahl verringert als auch an der Anzahl von 45 Std.-Plätzen, die zu einer Reduzierung führen.

Darüber hinaus haben einige Kitas aufgrund von unbesetzten Stellen nicht die volle Kinderzahl aufgenommen.

Darüber hinaus informiert Frau Dellit, dass die Neuauflage der Familienbroschüre in der Verwaltung erhältlich ist.

Die Steuerungsgruppe der „Kinderfreundlichen Kommune“ hat getagt. Die Befragung der Kinder hat stattgefunden und wird von Frau Fuchs entsprechend aufbereitet und dem JHA vorgestellt.

Im letzten Bewerbungsverfahren wurde ein junger Mann gefunden, der demnächst die Leitungsstelle des Familienzentrums Bollenberg antritt.

Weiter informiert Frau Dellit, dass im SGB VIII für die Jugendämter neu festgelegt ist, dass eine Ombudsstelle vorhanden sein muss. Es besteht bereits ein Kontakt zur Ombudsstelle NRW in Wuppertal, die diese Aufgabe über einen Kooperationsvertrag für Haan übernehmen könnte. Anschließend wird dann eine/ein Ehrenamtliche/r benannt, der diese Aufgabe übernimmt.

Momentan erstellt die Verwaltung eine Vorlage für ehrenamtliche Vormundschaften. Die Bergische Diakonie würde die Schulung und Begleitung sowie die Suche nach ehrenamtlich Tätigen übernehmen. Der Vorteil liegt darin, dass dies für fünf Städte übernommen wird und man somit zu einem guten Austausch kommen kann. Nähere Infos gibt es dann zum nächsten JHA.

Die **1. Bgo. Annette Herz** ergänzt, dass der Prozess der Skateranlage auf einem guten Weg ist. Am gestrigen Tag ist ein Angebot über Jugendbänke eingegangen; diese sind durch eine Spende gedeckt.